

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden. Verlagsnummer 25 241. Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjähriger Zustellung, durch die Post bei täglicher Zustellung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M. Die 11paltige 37 mm breite Seite 2 M. Auf Postbestellungen, Anzeigen unter 1000 M., Wohnungsanzeigen, Inserate 25 p. Vergütung für Text. Zusätzliche Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 P.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von H. P. & H. Schmidt in Dresden. Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Um die Aufrechterhaltung der Entente.

Der Notenwechsel.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) London, 29. Juli. Während der beiden Sitzungen des englischen Kabinetts überbrachte im direkten Auftrage des Ministerpräsidenten Briand der französische Botschafter in London St. Austre eine neue Note, in der erklärt wird, daß einzelne Fragen, in denen die beiden Regierungen zu keiner Uebereinstimmung gelangen könnten, nur von sekundärer Bedeutung seien, wenn man sie mit dem Interesse vergleiche, das die Aufrechterhaltung der Entente biete.

London, 29. Juli. Die englische Note wird der französischen Regierung in den ersten Tagen der nächsten Woche übermittelt werden. Zu diesem Zwecke unterbrach der englische Botschafter Lord Harding seinen Urlaub, um sich nach Paris zurückzubewegen. Ueber den Inhalt der englischen Note verweigert das Foreign Office jede Mitteilung, aber der Londoner Berichterstatter des „Welt Posters“ glaubt zu wissen, daß die englische Regierung darauf dringt, daß die Beziehungen zwischen England und Frankreich auch weiterhin den herzlichsten Charakter, den sie seit dem Kriege hatten, bewahren möchten. Die englische Regierung hätte neuerdings ihren Willen zum Ausdruck gebracht, nicht gestatten zu können, daß die Entente durch eine Frage, wie diejenige Ober-Schlesiens, berührt wird. Am Schluß der Note seien einige Anregungen gegeben, wie man zu einem Einvernehmen gelangen könnte.

Vertehrte französische Eitelkeit.

Paris, 29. Juli. Der „Matin“ und mit ihm die Mehrheit der französischen Blätter betonen es sei notwendig, den Eindruck zu vermeiden, als habe Deutschland in der Frage der Truppenverpflichtungen einen diplomatischen Sieg errungen. Die französische Regierung werde sich zweifellos aller Mittel bedienen, um die Sicherheit ihrer Soldaten in Oberschlesien zu gewährleisten. Da diese Maßnahmen aber nicht von absoluter Dringlichkeit seien, könnte Frankreich im Augenblick sich damit begnügen, daß die internationalen Mächte einen gemeinsamen Schritt in Berlin unternehmen, da man von Deutschland das Versprechen erhalten müsse, daß es den Durchgang der französischen oder internationalen Truppen in dem Augenblick erleichtere, in dem die Alliierten dies für notwendig erachteten. Dann erst könnte der Oberste Rat zusammenzutreten, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Berichten des italienischen Parlaments dem Minister Bonomi die Teilnahme an der Konferenz gehalten werden. Ein gemeinsamer Schritt der drei alliierten Mächte sei jedoch die Grenze der Zugeständnisse, die Frankreich machen könnte. Würde dieses Zugeständnis nicht gemacht, so sehe sich Frankreich genötigt, allein zu handeln. Eine ähnliche Sprache führt Perrinax im „Echo de Paris“.

London und die deutsche Auffassung.

London, 29. Juli. Die Reuter meldet, geht die auf die Note an Frankreich gestützte Auffassung in Londoner Kreisen dahin, daß Deutschland, da es nach dem Friedensvertrage das Recht habe, die französischen Forderungen wegen der Truppentransporte abzulehnen, willens sei, diese Angelegenheit, in der es einen Bruch des Friedensvertrages erblicke, den drei Mächten zur gemeinsamen Entscheidung zu unterbreiten, sei es im Obersten Rate oder in anderer Form. Weiterhin wird die deutsche Auffassung in maßgebenden Kreisen dahin ausgelegt, daß die Annahme der Entscheidung einer einzelnen Macht einer Verletzung des Vertrages gleichkommen würde. (wib.)

Noch immer überaus ernste Lage.

Berlin, 29. Juli. Wie die „A. Z.“ meldet, wird in London die Lage, die durch die französische Forderung der Truppenbewegungen nach Oberschlesien entstanden ist, als überaus ernst bezeichnet. Die Behauptung, daß eine Einigung zwischen England und Frankreich erfolgt sei, habe noch niemals so sehr der Begründung entbehrt, wie gerade jetzt. Am meisten habe der unfreundliche Ton der gestern überreichten französischen Note verstimmt, in der Briand mittelst, er würde der Konferenz des Obersten Rates nicht betwohnen können, wenn die Truppenfrage nicht vorher in seinem Sinne erledigt worden sei. Wenn England in seiner ablehnenden Haltung verharre, müsse dies zu einer ernsthaften englisch-französischen Verstimmung führen.

General Höfer an Erzellenz v. Löbell.

Berlin, 29. Juli. General Höfer hat dem Präsidenten des Reichsbürgerrates, v. Löbell, ein Dankschreiben geschickt, in dem es u. a. heißt: „Ev. Erzellenz sage ich namens des Selbstschutzes herzlichen Dank für die freundlichen Zeilen, die Sie namens des deutschen Staatsbürgertums an mich gerichtet haben. Die Anerkennung eines so wichtigen Handelsteiles des deutschen Volkes ist uns eine ganz besonders hohe Freude und Ehre. Die Ungunst der Verhältnisse zwangen leider den Selbstschutz zu größerer Zurückhaltung und verlagten ihm sichtbare Erfolge, obgleich das gute Recht, die moralische und sittliche Begründung auf seiner Seite standen. Mir wurde die undankbare Aufgabe, eine angreifbarere, operierwillige Truppe immer nur zügeln zu müssen, während polnische Banden die Heimat verwüsteten und die deutschen Brüder und Schwärmer peinigten. Der schnell aufgeworfene Damm des ober-schlesischen Selbstschutzes hat den polnischen Räubern weiteres Vordringen verwehrt und den deutschen Volksgenossen gezeigt, daß wir Deutschen doch noch einig und operierwillig sein können. Die vaterländische Verpflichtung, der Glaube an das Deutschtum und die Schicksalsgemeinschaft aller deutschen Stämme, die im ober-schlesischen Selbstschutz zum Ausdruck kamen, daß der Geist der Vaterlandsliebe und der nationalen Würde wieder im Aufblühen begriffen sind. Das berechtigt zu hoffnungsvoller Zuversicht auf eine bessere Zukunft.“

Die polnische Umfassung.

Breslau, 29. Juli. In Gienkrohan hat am 29. Juli eine polnische Generalabstimmung stattgefunden, die die Deutschen drohende Gefahr in helles Licht rückt. Den Vorsitz bei dieser Sitzung führte General Galle. Aus Oberschlesien waren die französischen Generale Le Comte Denis und de Brantes erschienen. Auch verschiedene Führer der Anhängenden nahmen daran teil. In bezug auf die militärische Lage wurde mitgeteilt, daß Polen Ober-schlesien von Norden, Osten und Süden mit 120 000 Mann umfaßt habe, die in drei Armeekorps und ein Reservekorps gegliedert seien. Die Ausrüstung der Truppen wurde als gut bezeichnet. Spezialwaffen wie Tanks, Flieger und Panzer würden zum größten Teil von Frankreich über Danzig zur Verfügung gestellt. Die Polen haben in Oberschlesien mehrere Kommissariate eingerichtet, die zusammen mit den französischen Kreisinspektoren arbeiten. Solche Geheimkommissariate befinden sich in Katowitz, Bielez, Ragnitz, Gieswitz, Hindenburg, Beuthen, Zarnowitz und Oppeln.

Die tschechische Grenzsperrung.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung. Berlin, 29. Juli. In den Grenzorten an der tschechischen Grenze gegenüber den Kreisen Ratibor, Leobschütz und Neustadt ist ein härtere militärische Beobachtung neuerdings wieder deutlich zu bemerken. Die Grenzsperrungen wurden an fast allen Ueberwegen durch tschechische Kavalleriepatrouillen verhängt, die die Ueberwachung übernommen haben. Besonders auffallend sind die Ortshäuser Preßden, Stranndorf und Wielau belegt. Dort befinden sich auch Panzerautos. Die Grenzüberwachung wird außerordentlich streng gehandhabt. In das Hinterland wird niemand, der von Deutschland kommt, hineingelassen. Die deutsche Bevölkerung der tschechischen Grenzgebiete ist unter Militärkontrolle gestellt. Der Postverkehr wird durch besonders eingerichtete Poststellen überwacht.

Deutsche Stammrollen bei den polnischen Ortswehren.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Oppeln, 29. Juli. Nach der neuen Anordnung der von den Franzosen eingelegten polnischen Gemeindeführer müssen sich sofort alle deutschen Angehörigen der Gebirgs- 1892/1902, getrennt nach Waffengattungen, denen sie im deutschen Heere angehört haben, an Eintragsrollen in die Stammrolle auf den Geschichtsbüchern der Gemeindeführer melden. Bearbeitet wird diese Maßnahme mit der Notwendigkeit, eine genaue Uebersicht über die vorhandenen polnischen und deutschen Mannschaften zu erhalten, auf die man im Falle von neuen Kriegen zur Wiederherstellung der Ordnung zurückgreifen könne. Die Registrierung geht angeblich auf einvernehmliche Befehle der französischen Besatzungsbehörden an die Führer der polnischen Gemeindeführer zurück.

Ein deutscher Appell an die Westmächte.

Kattowitz, 29. Juli. Der deutsche Ausschuh für Oberschlesien riefte gestern an die Ministerpräsidenten in London, Paris und Rom, sowie an die Vorkonferenz in Paris ein Telegramm, in dem er im Namen aller deutschen politischen und wirtschaftlichen Organisationen Oberschlesiens bittet, in dem am 4. August stattfindenden Verhandlungen endgültig über das Schicksal Oberschlesiens zu beschließen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen geht die Bevölkerung feilsch und wirtschaftlich zu Grunde. Eine provisorische Lösung würde den leblosen Zustand nur verschlimmern. (W. T. A.)

Der Berliner italienische Botschafter in Rom.

Rom, 29. Juli. Der italienische Botschafter in Berlin, Raffatti, ist hier eingetroffen. Er hatte eine lange Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen, della Torre.

Verheimlichte deutsche Kriegsgefangene in Frankreich.

Berlin, 29. Juli. Zu den mehrfachen Pressemeldungen über die noch in Frankreich zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen teilen bliesse amtliche Stellen mit, daß nach dem Versailler Vertrag die französische Regierung berechtigt sei, die Kriegsgefangenen, die wegen anderer als kapitalistischer Vergehen Strafe zu verbüßen haben, zurückzubehalten. In Vern ist 1920 mit Frankreich eine Vereinbarung zustande gekommen, auf Grund deren 327 solcher Kriegsgefangener im Sonderlager Aignou zusammengepackt wurden, und eine Liste dieser Gefangenen wurde mit einer Note der französischen Regierung im Oktober 1920 der deutschen Friedensdelegation in Paris übergeben. Dieser Note zufolge sollten sich außer den in der Liste aufgeführten und in vier weiteren Kapazitäten befindlichen Gefangenen keine deutschen Kriegsgefangenen mehr in Frankreich befinden. Es stellte sich aber bald heraus, daß noch eine Reihe von Deutschen in französischer Gefangenschaft zurückgehalten wurden, die nicht in der Liste aufgeführt waren. Eine deutsche Nachweisung solcher Gefangener, die der französischen Regierung übergeben wurde, weist 200 Namen auf. An die französische Regierung wurde das Gerücht um Festhaltung des Verbleibes dieser Vermissten berichtet, bis heute ist aber auf diesen Schritt keine Antwort von Frankreich erfolgt.

Die Schwarzen im Moseltal.

Trier, 29. Juli. Seit einigen Tagen ist das Moseltal abwärts von Trier, das zwei Jahre lang von jeder Einquartierung frei geblieben war, mit härteren Abteilungen französischer Kolonialtruppen belegt, die selbst angeblich nach Annahme des Stillstandes durch Deutschland nach dem besetzten Gebiet beordert worden zu sein. Die schwarzen Hüte mochen sich bereits in wenig angenehmer Weise bemerkbar. Von den Landwirten wird in rückwärtsiger Weise requiriert. In Schwelz, einem Dorfe unweit Trier, wurde eine Frau überfallen und vergewaltigt. Das französische Kommando hat gegen zwei der schwarzen Franzosen eine Untersuchung eingeleitet, die aber ergebnislos verlief.

Der Verrat Helgolands.

Von der roten Insel nordwestlich der Elbmündung, von Helgoland, kommen seit einiger Zeit immer betrüblichere Nachrichten. Im Gegensatz zu den Hunderttausenden deutscher Männer und Frauen, die an der Peripherie des Reiches unter schweren feindlichen Bedrückungen leiden und dennoch begeistert für ihr Deutschtum und für den Verbleib ihrer Scholle am deutschen Vaterlande Gut und Blut opfern, hat dort oben eine Bewegung Fuß gefaßt, die Land und Bevölkerung aus dem Verband des Reiches loszulösen bestrebt ist. Ueber dreißig Jahre gehört die Insel mit ihrer der Klammung nach ferndeutscher Bevölkerung zu Deutschland und sie hat in dem größeren Teile dieses Zeitabschnittes gute Tage erlebt, in von einem jährlich in die Zehntausende gehenden Fremdenstrom besucht worden, der ihr zu wirtschaftlicher Blüte verhalf und ihr bis in die entlegensten Winkel des Insellandes einen geachteten und geliebten Namen verschaffte. In diese Zeiten, denen der Krieg ein plötzliches Ende bereitete, schienen die Helgoländer sich nicht mehr zu erinnern und nicht mehr zu kümmern zu wollen. Sie sahen nur ihre gegenwärtige Notlage, die im wesentlichen eine wirtschaftliche ist, die aber kaum schlimmer als an anderen Orten des Reiches in Erscheinung tritt. Keinesfalls ist sie den Zuständen auch nur entfernt vergleichbar, die nun über Jahr und Tag in Oberschlesien herrschen oder denen die Bevölkerung der besetzten Gebiete des Rheinlandes unterworfen ist. Vor allen Dingen ist das Inselvolk frei von jeder fremdberrlichen Bewachung, frei von der Erbitterung, die der rechtlose Eingriff feindlicher Mächte in die lebendigeren Geplantesheiten, in die Gebräuche und Traditionen der Heimat erzeugt. Menschlich verständlich wäre es, wenn ein derart ernarrtes Volk, um seinen Exalen ein Ende zu machen, sich dem Spruch der feindlichen Diktatoren fügte und eine Loslösung vom Mutterlande, der es nur durch Selbstvernechtung entgegen könnte, auf sich nähme. Von alledem ist aber auf Helgoland keine Rede.

Wenn man die helgoländische Los-von-Deutschland-Bewegung von ihren Anfängen aus verfolgt, kommt man zu dem harten Urteil, daß es sich hierbei nicht mehr um die Wahrung berechtigter Interessen oder gar um einen Existenzkampf auf Leben und Tod, sondern nachgerade einfach um schändlichen Landesverrat aus rein egoistischen Motiven handelt. Den ersten Anlaß zu ihrem unbegrifflichen Verhalten bot den Helgoländern die vorjährige Wahl ihrer Gemeindevorsteher. Sie wollten nicht, daß die Menge der Entfestigungsarbeiter, die zur Durchführung des Versailler Vertrages bereits seit 1919 mit der Schleifung der helgoländischen Verteidigungswerke beschäftigt waren, die gleichen Rechte ausübte, wie die altangehörigen Inselbewohner. Man kam ihrem nicht unberechtigten Wunsch damals entgegen. Mit Zustimmung des Reichstages und des preussischen Landtages wurde die Ausübung des Gemeindevorstandes auf Helgoland von einer fünfjährigen Wohndauer im Gemeindebezirk abhängig gemacht. Nicht zufrieden damit, erhielten wenige Monate später eine Delegation der Inselaner beim britischen Botschafter in Berlin und unterhandelte über verschiedene Sonderwünsche in der Bekürsungsangelegenheit. Helgolands könnten auch in Zukunft von der Regierung des Deutschen Reiches „abgehängt“ werden. Bereits dieser Schritt der selbständigen Aufnahme von Beziehungen zu einer auswärtigen Macht bedeutete einen klaren Bruch der Verfassung, den die amtlichen Stellen in Berlin mit ganz anderer Schärfe zurückweisen mußten, als es in Wirklichkeit geschah. Es wurde den Helgoländern, die ihre Delegation reich als von einer dazu nicht legitimierten kleinen Gruppe“ entsandt bezeichneten, nur bedeutet, daß es selbstverständlich beurteilt werden müsse, wenn preussische Staatsangehörige sich an Vertretungen auswärtiger Mächte um Intervention in innerpolitischen Fragen wendeten.

An diesen freundlichen Hinweisen lehrten sich die Helgoländer in Zukunft absolut nicht. Sie wandten sich vielmehr zur Wahrung ihrer vermeintlichen Rechte wiederholt in Eingaben an den Völkerbund und an die englische Regierung, der sie versicherten, daß sie auch heute noch bereit wären, ihre Freiheiten „unter britischer Oberhoheit“ auszuüben. Ja, sie taten noch mehr. Als vor Wochen abermals eine helgoländische Kommission in Berlin mit ihrem Protest gegen die Einföhrung der Reichssteuerbefreiung auf Helgoland abgewiesen worden war, begab sich diese Kommission zum Chef der Internationalen Marinekommission, um gleichsam zur Vergeltung, gegen die von der deutschen Regierung geplante Aufrechterhaltung einiger Marineanlagen zu wählen. Der Erfolg dieser Hebarbeit war der, daß kurze Zeit darauf eine englische Marinekommission unter Führung des Chefingenieurs der britischen Admiralität auf Helgoland erschien, um den Fortgang der Entfestigungsarbeiten zu prüfen. VIELLEICHT haben die Herren der englischen Kommission, in deren Begleitung sich ein Artilleriegeneral befanden haben soll, bereits die Stellen ausersichen, an denen künftig auf einem englischen Helgoland die Batterien ihren Platz finden werden, die sich gegen die deutsche Nordseeküste richten sollen. Möglicherweise käme dieser Erfolg den verblendeten Helgoländern gerade recht. Einstweilen legen sie ihre vaterlandlosen Machenschaften fort und scheinen es vor allem darauf abgesehen zu haben, ihren Zwist mit der Reichsregierung zu verschärfen. So hat die helgoländische Gemeindevorsteherung unlängst beschlossen, die Durchführung der Reichseinkommensteuer zu verweigern und die Gemeinde-Einkommensteuer nach alten helgoländischen Bestimmungen zu erheben; sie weigern sich ferner allem Anschein nach, die Schulpflicht anzuerkennen.